

**Öffentliche Ausschreibung nach § 12 (2) VOL/A;
Nationale Bekanntmachung**

a) **Zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle, den Zuschlag erteilende Stelle sowie Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind:**

a1) **Zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle:**

Name	Kreisverwaltung Cochem-Zell		
Straße	Endertplatz 2		
PLZ, Ort	56812 Cochem		
Telefon	0 26 71/61-7 58	Fax	0 26 71/61-1 11
E-Mail	zvs@cochem-zell.de	Internet	http://www.cochem-zell.de

a2) **Zuschlag erteilende Stelle:**
[Vergabestelle, siehe oben](#)

a3) **Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind:**
[Vergabestelle, siehe oben](#)

b) **Art der Vergabe:** **Öffentliche Ausschreibung, VOL/A;**
Vergabe-Nr.: [19-05-29-1000](#)

c) **Form der Angebote:**
[schriftlich, elektronisch mit wahlweise qualifizierter oder fortgeschrittener Signatur](#)

d) **Art, Umfang sowie Ort der Leistung (z.B. Empfangs- oder Montagestelle):**

Ort der Leistung: [Endertplatz 2, 56812 Cochem](#)

Art der Leistung: [Schülerbeförderung](#)

Umfang der Leistung:

[Beförderung der Grundschulkinder von Klotten Bushaltestelle \(B 49\) nach Cochem, Endertplatz im Schuljahr 2019/20](#)

e) **Aufteilung in Lose:**

nein

ja, Möglichkeit, Angebote einzureichen für ein Los, mehrere Lose, alle Lose

f) **Zulassung von Nebenangeboten:**

nein

ja

g) **Ausführungsfrist:**

[12.08.2019 - 30.06.2020](#)

h) **Anforderung der Verdingungsunterlagen:**

Anforderung ab: [23.04.2019 um 10:00](#)

Anforderung bis: [29.05.2019 um 10:00](#)

Anforderung /Einsicht bei: [Vergabestelle, siehe oben](#)

ELVIS-Link <https://www.subreport.de/E12429148>

i) **Angebots- und Bindefrist:**

Angebotsfrist: [29.05.2019 um 10:00](#)

Bindefrist: [31.07.2019](#)

j) **Geforderter Sicherheitsleistungen:**

[siehe Vergabeunterlagen](#)

k) **Wesentliche Zahlungsbedingungen:**

[siehe Vergabeunterlagen](#)

l) **Zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers verlangte Unterlagen:**

[Der Nachweis der Eignung gem. § 6 VOL/A kann auch durch Eigenerklärungen mit dem Formblatt 124 \(Eigenerklärungen zur Eignung\) erbracht werden. Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierungsverfahren erworben wurden, sind zugelassen.](#)

[Hinweis: Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen auf Verlangen der Vergabestelle](#)

vorzulegen. Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist den Vergabeunterlagen beigelegt.

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Angabe von erbrachten Busverkehrsleistungen (keine Rufbus-/AST-/ALF-/Fernbus-/Schienenersatz-/Bedarfs-/Mietbus-/Berufs-/Markt-/Theater-/Reiseverkehre, auch keine Flughafenvorfeld-/Werks-/Freigestellte Schüler-Verkehre) im öffentlichen Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen (öffentlicher Personennahverkehr) (falls in Deutschland erbracht: gem. § 42 PBefG; nicht: gem. §§ 42a, 43-49 PBefG; Verkehrsleistungen gem. §§ 42a, 43-49 PBefG werden nicht berücksichtigt) seit Gründung des Unternehmens, höchstens jedoch seit Beginn (01.01.) der letzten 3 vollen Kalenderjahre vor der Angebotsfrist) genannten Termin zur Angebotsabgabe. Es ist mindestens eine erbrachte Verkehrsleistung anzugeben. Den Bietern steht es frei, eine größere Anzahl von Referenzen anzugeben.

Die angegebenen Referenzleistungen müssen geeignet sein, einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit des Unternehmens in Bezug auf den zu vergebenden Auftrag zu ermöglichen, d. h. auf selbst erbrachte Leistungen im "Rollgeschäft". Die Referenzleistungen müssen nicht mit der ausschreibungsgegenständlichen Leistung identisch sein, sie sollten jedoch mit den Anforderungen an die zu erbringende Leistung vergleichbar sein (vergleichbar hoher Schwierigkeitsgrad). Neben der Angabe von Busverkehrsleistungen als Konzessionsinhaber (auch als Teil einer Bietergemeinschaft) ist auch die Angabe von Leistungen als Unterauftragnehmer zulässig.

- Nachweis der fachlichen Eignung i. S. d. Art. 3 Abs. 1 lit. d) VO (EG) Nr. 1071/2009 sowie § 13 Abs. 1 Nr. 3 PBefG i. V. m. § 3 Abs. 1 PBZugV: Kenntnisse, die zur ordnungsgemäßen Führung eines Straßenpersonenverkehrsunternehmens erforderlich sind, und zwar auf den jeweiligen Sachgebieten, die im Anhang I Teil I der VO (EG) Nr. 1071/2009 in der jeweils geltenden Fassung aufgeführt sind, nachgewiesen nach dem Muster des Anhangs III der VO (EG) Nr. 1071/2009 in der jeweils geltenden Fassung. In Deutschland: Kopie einer Bescheinigung der zuständigen Industrie- und Handelskammer (IHK) über die fachliche Eignung gem. §§ 3, 4, 6, 7 PBZugV (§ 3 "Fachliche Eignung", § 4 "Fachkundeprüfung", § 6 "Gleichwertige Abschlussprüfungen", § 7 "Anerkennung leitender Tätigkeit").

Der Nachweis der fachlichen Eignung muss vom Unternehmer selbst oder einer zur Führung der Geschäfte bestellten Person erbracht werden.

Für den Fall einer Eignungsleihe kann der Nachweis durch ein anderes Unternehmen erbracht werden, wenn dies die Leistung erbringt, für die der Nachweis benötigt wird.

m) Die Höhe der Kosten und die Zahlungsweise:

Papierform: Euro (incl. MwSt.)

Zahlungsweise:

Faxanforderung mit Einzahlungsbeleg an Fax: , ausgestellt auf die

Lastschriftinzugsermächtigung für

Empfänger:

Konto-Nr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Verwendungszweck:

IBAN:

BIC-Code:

Zur Beachtung: Für Bewerber aus dem Ausland jeweils zzgl. Auslandspporto.

Der Betrag für die Vergabeunterlagen wird nicht erstattet.

n) Zuschlagskriterien:

Preis

Sonstiges: